

migration
on tour

Migration – ein Thema im Unterricht

Hrsg.: Gertraud Diendorfer | Irene Ecker | Herbert Pichler | Gerhard Tanzer



www.demokratiezentrum.org



GERHARD TANZER | Unterrichtsbeispiel

Die Angst vor „dem Ausländer“

Didaktische Konzeption

Vorwissen

Die SchülerInnen sollten sich mit den Fallstricken des Ausländerbegriffs bereits auseinandergesetzt haben, damit sie sich in differenzierter Weise mit den Folgen von Migrationsprozessen

beschäftigen und dabei in der Lage sind, auch deren Akteure in ihrer Verschiedenheit wahrzunehmen. Ausstellungsvertiefend.

Lernziele

Wovor fürchten wir uns, und fürchten wir uns zu Recht? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt vorliegender Unterrichtseinheit. Die SchülerInnen sollen Bedrohungsbilder in der öffentlichen Diskussion identifizieren und anhand von – mitunter kontroversen – Texten und Statistiken ihre Berechtigung überprüfen, sodass sie in der Lage sind, rational ihren eigenen Standpunkt zur Einschätzung dieser „Gefahren“ zu gewinnen bzw. zu überprüfen (Urteilskompetenz). Einschränkend sei darauf verwiesen, dass hier kaum die Ängste und Probleme zur Sprache kommen, mit denen Zugewanderte konfrontiert werden, somit die Perspektive der autochthonen Bevölkerung eingenommen wird, was nicht heißt, dass nicht auch jene von diesen Problemen betroffen sind.

Kein Teil dieser Unterrichtseinheit ist es, tiefer liegende Ursachen für Ängste, die über konkrete Konfliktfelder hinausweisen, zu thematisieren, also „Fremdenangst“ als Thema der Vergleichenden Verhaltensforschung, der

Sozialwissenschaft, der Psychologie, der Psychoanalyse.

Der Einstieg soll gefühlte Gefahren in überspitzter Form thematisieren. Er dient dazu, sich Bedrohungsbilder ins Bewusstsein zu rufen, ohne zunächst noch ihre Berechtigung zu diskutieren.

Im Hauptteil dieser Einheit sollen sich die SchülerInnen arbeitsteilig in Gruppen mit vier zentralen Ängsten beschäftigen, anhand teils kontroverser Texte und Statistiken Antworten finden und diese im Plenum präsentieren. Zuvor kann man die Einstellung in der Klasse zu den einzelnen Themenkomplexen erheben (am schnellsten, indem man eine „Linie“ durch den Raum legt und auf dieser einzelne Punkte von „stimme sehr zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“ markiert; die SchülerInnen stellen sich auf die Position, die ihrer Meinung entspricht. Anschließend kann man ein paar ausgewählte SchülerInnen um „Interviews“ zu ihrem Standpunkt bitten).

Unterrichtsbeispiele

Einstieg

Zu Beginn soll ein Gespräch im Plenum initiiert werden. Als Anstoß dient das Bild in M1.

M1 Schreckgespenst „Ausländer“**Arbeitsaufgabe**

Betrachten Sie das Bild. Was assoziieren Sie mit diesem „Ausländergespenst“? Wem macht es Angst, aus welchen Gründen?

Quelle: Integration im Fokus, 2/2010, online unter http://www.integrationsfonds.at/publikationen/integration_im_fokus/integration_im_fokus_ausgabe_22010/thema_going_global/wien_der_auslaender_das_schreckgespenst/ (abgefragt 2.11.2010)

Hauptteil

Die folgenden Beispiele sollen jeweils arbeitsteilig in Gruppen bearbeitet werden.

1) Das Boot ist voll?

Sie haben eine Fragestellung zum Thema Ängste gegenüber „Ausländern“ erhalten und diverses Material dazu, das Ihnen bei Ihrer Antwort helfen soll (M2–M9). Lesen Sie es aufmerksam, diskutieren Sie darüber und stellen Sie (eine) These(n) zur Fragestellung passend auf, die Sie mit Argumenten begründen. Präsentieren Sie die Ergebnisse anschließend vor der Klasse.

Mit dieser Metapher werden MigrantInnen als Schutzsuchende wahrgenommen, deren Unterstützung uns überfordert und vielleicht sogar in den Untergang führen würde. Damit verbindet sich die Angst vor Identitätsverlust, vor „Überfremdung“ und „Nicht-mehr-Herr-im-eigenen-Haus-Sein“. Die wachsende Zahl von MigrantInnen und die angeblich hohen Kinderzahlen von Migrantenfamilien werden damit in Zusammenhang erwähnt. Verschaffen Sie sich mit den Materialien M2–M9 ein klareres Bild darüber.

M2 Umfrage der GfK Austria: „Es gibt schon zu viele Ausländer in Österreich“				
Jahr der Umfrage	Stimme sehr zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne vollkommen ab
1990	38	29	20	9
1991	37	27	20	14
1996	31	33	23	11
2001	26	33	28	8
2004	36	31	23	8

(Quelle: Integration im Fokus 3/2007, S. 22)

M3 Zuwandererzahlen
Material siehe STATION 2: Einwanderungsland Österreich
Wie hoch ist die Zahl der Zuwanderer und Zuwanderinnen? Wie hat sie sich entwickelt? Informieren Sie sich in der Ausstellung auf Station 3 darüber.

M4 Interview mit einem Soziologen
Aus einem Interview mit dem Soziologen August Gächter: „Was würden Sie jemandem entgegen, der sagt, dass das Boot voll ist? Gächter: Die vielleicht sarkastische Gegenfrage ist, warum ausgerechnet jetzt? Dass das Boot voll sei, wird in Österreich seit 1918 gesagt. In den 90 Jahren seither ist Jahr für Jahr der empirische Nachweis erbracht worden, dass es nicht voll ist. Wer sagt, es sollte von jetzt an keine Einwanderung mehr geben, kann eigentlich auch der Einwanderung in der Vergangenheit nicht positiv gegenüberstehen. Doch wie weit zurück hätte die Einwanderung gestoppt werden sollen? Da wird die Wahrscheinlichkeit relativ groß, dass die Person, die man vor sich hat, selbst nicht da wäre.“
(Quelle: MO. Magazin für Menschenrechte #17 (Jänner 2010),, S. 35)

M5 Durchschnittliche Kinderzahl (Gesamtfertilitätsrate) für Österreich nach Staatsangehörigkeit der Mutter			
Jahr	Inländerinnen	aus Ex-Jugoslawien	aus der Türkei
1982	1,64	2,28	4,45
1987	1,39	1,91	3,70
1992	1,40	2,28	3,21
1997	1,29	1,96	2,39
2001	1,23	1,93	2,69
2007	1,29	1,96	2,61

(Quellen: Fassmann, Heinz u.a. (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt 2003; Integration im Fokus 3/2009, S. 47)

M6 Türkinnen: Im Schnitt drei Kinder

„Aus der Statistik ganz klar ersichtlich ist der Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Ausbildungsstand der Mutter. ‚Bildung und beruflicher Erfolg wirken wie ein Verhütungsmittel – bei Frauen wie bei Männern‘, sagt ein Gutachten für die deutsche Regierung. Das ist in Österreich kaum anders: Während die über 40-jährigen Österreicherinnen mit Pflichtschulabschluss auf einen statistischen Durchschnitt von 2,34 Kindern kommen, haben Akademikerinnen nur 1,6 Kinder zur Welt gebracht. Knapp ein Viertel der höchstgebildeten Frauen ist überhaupt kinderlos.

Überdurchschnittlich viel Nachwuchs findet sich vor allem bei niedrigen Bildungsschichten. Dazu zählen sehr häufig auch Immigranten. In Österreich lebende Türkinnen haben eine doppelt so hohe Geburtenrate wie Inländerinnen.

Deshalb schrumpft in absehbarer Zeit zumindest Wien nicht. Schon jetzt haben rund 43 Prozent der Wiener Volksschüler nicht Deutsch als Muttersprache, in den Hauptschulen ist es mehr als jeder Zweite. Integrationsfragen – und deren Finanzierung – sind damit zum politischen Dauerbrenner geworden.“

(Quelle: Salomon, Martina: Bildung ist das wirksamste „Verhütungsmittel“, in: Die Presse, 18.3.2006)

M7 „Österreich ohne Zuwanderer? Eine Katastrophe!“

„Wenn wir alle wegdenken, die heute in Österreich leben und ihren Geburtsort im Ausland haben, dann hätte Österreich mit einem Schlag um 1,4 Millionen Einwohner weniger“, rechnet Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz vor. Die Folgen: Die Gesellschaft würde schrumpfen, die Nachfrage sinken, das Bruttoinlandsprodukt zurückgehen; der Alterungsprozess würde sich beschleunigen, die Menschen müssten viel länger arbeiten, um das Pensionssystem zu finanzieren. Bei allen qualifizierten Berufen würde eine Lücke entstehen, die zu schließen so lange dauern würde, bis die Qualifikationen im Inland nachgewachsen sind. Münz: „Die Frage ist, auf welchem Wohlstandsniveau wir leben möchten. Es gibt viele Länder, die keine Zuwanderung haben, das sind aber lauter unattraktive Orte wie Kosovo, Moldawien oder Sudan.“

(Quelle: Kurier, 24.1.2010)

M8 Bevölkerungsmehrheit bald eine Minderheit? ...

„Mit den quantitativen Methoden der Demographie lässt sich nicht vorausberechnen, ob die Zugewanderten und ihre Nachkommen die Bereitschaft und Fähigkeit haben werden, sich in Deutschland zu integrieren. Es lässt sich jedoch berechnen, in welchen Altersgruppen in welchen Städten die bisherige deutsche Mehrheitsbevölkerung zu einer Minderheit wird. Bei den unter 40-Jährigen wird dies in einigen Großstädten schon in wenigen Jahren der Fall sein; bei den über 40-Jährigen behalten die Deutschen ihre absolute Mehrheit. /.../

Jede Teilpopulation innerhalb einer Gesamtbevölkerung zeichnet sich durch einen eigenen Prozesstyp aus, der ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung bestimmt. Die Unterscheidung von wachsenden und schrumpfenden Teilpopulationen innerhalb einer Gesamtpopulation ist nur dann irrelevant, wenn sich die Teilpopulationen vermischen. Wenn sie sich nicht mischen, sondern sogar entmischen, entsteht eine Gesellschaft mit einer neuen Bevölkerungsmehrheit oder ein Gesellschaftstyp, in dem jede Teilpopulation eine Minderheit ist. Deutschland gehört zum zweiten Typ, es entwickelt sich zu einer Multiminoritätengesellschaft, bei der die ehemals deutsche Bevölkerungsmehrheit bei den jungen Altersgruppen schon in wenigen Jahren vielerorts eine Minderheit unter anderen Minderheiten bilden wird.“

(Quelle: Birg, Herwig: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, München 2005, S. 108 f.)

Worterklärung

Teilpopulation: Teil der Bevölkerung mit gemeinsamen Merkmalen

irrelevant: unbedeutend

Minorität: Minderheit

M9 ... oder doch nicht?

„Die westliche Kultur bestreitet den Wettkampf nicht mit gleichen Waffen, also nicht mit Geburtenzahlen. Sie setzt stärker auf die Ausbreitung und Anziehungskraft ihrer Werte. Denn diese – moderne Medizin und Technologien, Gleichberechtigung der Frauen, Freizügigkeit und Autonomie der religiösen, politischen, ökonomischen, familialen, sportlichen und anderer Lebenssphären – sind es, die die Geburtenziffern absenken – bei den Einwanderern ebenso wie bei den Einheimischen. Der Wettlauf ist also der zwischen zwei Ausbreitungsgeschwindigkeiten. Wer breitet sich schneller aus? Die nichtwestliche Kultur mit ihren hohen Geburtenziffern oder die westliche Kultur, deren überlegene Problemlösungen und Werte die Träger anderer Kulturen anziehen und so anverwandeln, dass ihre Geburtenrate ebenfalls fällt, zum Teil sogar unter das westliche Niveau?

Dieser Kulturkampf ist entbrannt, und zwar überall in der Welt. In den noch wenig industrialisierten Gesellschaften mit den höchsten Geburtenraten sind diese gleichwohl in freiem Fall begriffen; der UN-Weltbevölkerungsfonds sagt für Entwicklungsländer voraus, dass die Geburtenraten zwischen 1969 und 2050 von ca. 6 auf 2,2 Kinder pro Frau fallen werden. In schnell sich industrialisierenden Gesellschaften wie Japan und Korea liegen die Fertilitätsraten bereits unter dem westlichen Niveau. Im Westen selbst passen sich die Familien, die als kinderreich einwandern, der aufnehmenden Kultur innerhalb von zwei bis vier Generationen so weit an, dass die Fertilitätsraten kaum noch zu unterscheiden sind. Und immer und überall setzt sich das westliche Kulturmuster der Familie mit wenigen, aber hochgradig wertgeschätzten Kindern durch. Nirgends verläuft die Entwicklung andersherum. /.../

Die Einwanderer sind Minderheiten, die sich in den Bereich einer Macht begeben, die ihnen gegenüber gleich dreifach eine Übermacht darstellt: die Übermacht der Mehrheit, die Übermacht der Präferenz für die eigene, aufnehmende Kultur und die Übermacht der schon Vorhandenen gegenüber den Neuankömmlingen. Diesen drei elementaren Übermächten ist es zu danken, dass Einwanderer zu Trägern der aufnehmenden Kultur werden und nicht umgekehrt die Einheimischen zu Trägern der von den Einwanderern mitgebrachten Kulturen. Dass im Zuge der Akkulturation in der aufnehmenden Kultur nicht alles beim Alten bleiben kann und Zugeständnisse, Abstriche, Umdeutungen gemacht werden, die je nach sozialem Standpunkt als Verluste, aber auch als Bereicherungen interpretiert werden können, versteht sich daraus, dass Akkulturation wie andere soziale Prozesse auch ihre Gegenläufigkeit in sich trägt und erzeugt.“

(Quelle: Hondrich, Karl Otto: Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt/Main 2007, S. 197 ff.)

Wörterklärungen

Geburtenrate: Verhältnis von Geburten zu EinwohnerInnen

Fertilitätsrate: durchschnittliche Kinderzahl pro Frau

Präferenz: Bevorzugung

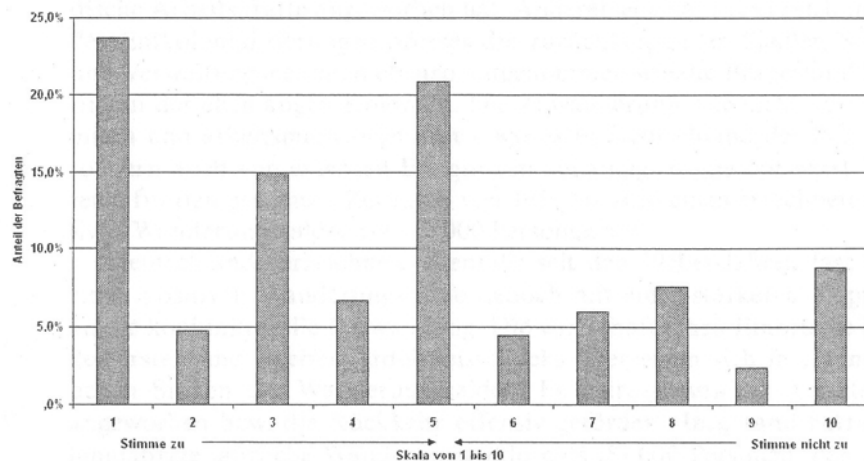
Akkulturation: Angleichung an eine Kultur

2) Ausländer nehmen Arbeitsplätze weg?

Sie haben eine Fragestellung zum Thema Ängste gegenüber „Ausländern“ erhalten und diverses Material dazu, das Ihnen bei Ihrer Antwort helfen soll (M10–M13). Lesen Sie es aufmerksam, diskutieren Sie darüber und stellen Sie (eine) These(n) zur Fragestellung passend auf, die Sie mit Argumenten begründen. Präsentieren Sie die Ergebnisse anschließend vor der Klasse.

M10 Umfrage zu Arbeitsplätzen

Abbildung 3: Meinung unter Österreichern und Österreicherinnen: Zuwanderer und Zuwanderinnen nehmen Einheimischen Arbeitsplätze weg (2008)



Quelle: Europäische Werte-Erhebung: Österreich 2008

(Quelle: Biff, Gudrun: Wahrnehmung einer – vermeintlichen – Bedrohung durch Zuwanderer und empirische Realität, in: Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.): Feindbild Zuwanderer. Vorurteile und deren Überwindung. Wien 2009, S. 11-27, hier S. 17)

M11 800.000 Zuwandernde bis 2035 nötig

„Österreich versteht sich nicht als Einwanderungsland, ohne Zuwanderung ist aber das heimische Pensionsproblem nicht einmal ansatzweise zu lösen. Die Experten der Statistik Austria haben erst jüngst wieder die Karten offen auf den Tisch gelegt. Bis 2010 müssen jährlich zumindest 30.000 zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen werden. Bis 2020 kann diese Zahl auf etwa 23.000 zurückgehen, um dann bis zum Jahr 2035 auf 38.000 jährlich anzusteigen. Das heißt, dass in den kommenden zweieinhalb Jahrzehnten rund 800.000 Menschen in Österreich einwandern müssen, um die Wirtschaft in Schwung zu halten und das staatliche Pensionssystem einigermaßen finanzierbar zu machen.

Die Betonung liegt auf einigermaßen, denn schon mit dieser Zuwanderung müssen die Bundesmittel für die Pensionen von derzeit 2,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf rund 4 Prozent im Jahre 2035 aufgestockt werden. Da sind aber jüngste Vereinbarungen, wie die Verlängerung der Hacklerregelung, noch gar nicht berücksichtigt.“

(Quelle: Wiener Zeitung, 29.10.2008)

M12 Nicht alle Einwandernden sind am Arbeitsmarkt gefragt

Interview mit Wifo-Expertin Gudrun Biffl:

„Wiener Zeitung“: Im Jahr 2007 betrug der sogenannte Wanderungssaldo 32.700 Personen, das heißt, mehr als 80.000 Personen wanderten aus Österreich ab, über 110.000 kamen nach Österreich. Was bedeutet das für den Arbeitsmarkt?

Gudrun Biffl: Rund zwei Drittel von diesen 32.000 entfallen auf den sogenannten „Familiennachzug“, ein Drittel kommt direkt als Arbeitskräfte nach Österreich. Aus dem Familiennachzug kommt allerdings nur etwa die Hälfte auch auf den Arbeitsmarkt, der Rest sind etwa Ehefrauen oder Kinder, die keinen Arbeitsplatz anstreben.

WZ: Aus welchen Ländern erfolgt derzeit die Zuwanderung, in den über 30.000 sind ja nur mehr 2000 aus der Türkei?

GB: Die Zuwanderung aus der Türkei ist weitgehend vorbei. Das Gros des Saldos entfällt auf Deutsche und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

WZ: Sind das aber auch Arbeitskräfte, die der österreichische Arbeitsmarkt dringend benötigt?

GB: Aus den oben erwähnten Regionen können wir etwa 60 Prozent echt brauchen. Bei Arbeitskräften, die aus den Oststaaten zu uns kommen, muss man aber feststellen, dass in hohem Maße die Zuwanderer unter ihrer Qualifikation beschäftigt werden.

WZ: Gelingt es uns auf der anderen Seite, hochqualifizierte Kräfte in ausreichendem Maß an Österreich zu binden?

GB: Das ist ein Riesenproblem. Es wandern derzeit zu viele qualifizierte Arbeitskräfte aus Österreich ab – das gilt vor allem auch für Österreicher. Und wir bekommen im Gegenzug aus dem Ausland vielfach weniger qualifizierte Personen herein.

WZ: Warum ist das so?

GB: Es herrscht bei uns ein extremes Senioritätsprinzip. Das heißt, die Karriere ist vom Alter abhängig, junge Leute wollen aber gleich gut verdienen. Wir müssen etwas tun für die Jugend. Speziell im Wissenschaftsbereich gehen uns viele verloren, weil sie nur kurze Anstellungskontrakte bekommen. Kaum ein Land verliert so viele Akademiker wie Österreich.

WZ: Die erst jüngst wieder bestätigten Prognosen für das Ausmaß der Zuwanderung in den nächsten Jahrzehnten sehen fast bis zu 40.000 ausländische zusätzliche Arbeitskräfte vor. Woher sollen die kommen?

GB: Vorrangig aus dem Osten, etwa dem Baltikum, der Ukraine und nach wie vor Ex-Jugoslawien. Die EU drängt allerdings derzeit darauf, dass wir mehr Menschen aus Afrika aufnehmen sollen, damit die Last nicht nur auf Spanien, Italien und Griechenland liegt. Und es wird sich sicher auch wieder die Türkeifrage stellen.

(Quelle: Wiener Zeitung, 29.10.2008)

M13 „Inländer sind schwerer vermittelbar als Ausländer“

„Wien. (rel/apa) Österreich leidet unter Fachkräftemangel. Derzeit haben 83 Prozent der heimischen Unternehmen Probleme, geeignetes Personal zu finden, bestätigte Margit Kreuzhuber von der Wirtschaftskammer Österreich am Montagabend bei einer Podiumsdiskussion in Wien.

Zu den betroffenen Sparten zählen Bau, Metall, Baunebengewerbe und der Tourismus. ‚Wir erhalten laufend Anrufe von Tourismusbetrieben, die offene Stellen melden‘, so Kreuzhuber. Da sich aber nur wenige Österreicher interessieren, werden die Lücken mit ausländischem Personal, das aus EU- und Drittstaaten rekrutiert wird, geschlossen.

‚Inländer sind generell schwerer vermittelbar als Ausländer‘, argumentiert Rainer Münz von der Forschungsabteilung der Erste-Bank-Gruppe und führt die geringe Mobilität der Einheimischen auf deren Lebenskontext zurück. So seien ostdeutsche Singles einfacher für eine Arbeitsstelle in Westösterreich zu gewinnen, als jene, die ihren Lebensmittelpunkt in Wien haben. Es kommt nicht nur auf die Entlohnung an, es müssen ‚die Rahmenbedingungen stimmen‘, so Münz.“

(Quelle: Wiener Zeitung, 29.10.2008)

3) Ausländer sind „Sozialschmarotzer“?

Sie haben eine Fragestellung zum Thema „Ängste gegenüber „Ausländern“ erhalten und diverses Material dazu, das Ihnen bei Ihrer Antwort helfen soll (M14–M16). Lesen Sie es aufmerksam, diskutieren Sie darüber und stellen Sie (eine) These(n) zur Fragestellung passend auf, die Sie mit Argumenten begründen. Präsentieren Sie die Ergebnisse anschließend vor der Klasse.

M14 Einkommenschancen durch soziale Transferleistungen

„Neben den Einkommen aus Erwerbstätigkeit spielen Einkommen aus den Leistungen des österreichischen Sozialstaates eine wesentliche Rolle bei der Vermeidung von Armutsgefährdung und manifester Armut. Wiewohl die armutslindernden Effekte der österreichischen Sozialleistungen außer Streit stehen, gilt es, die Leistungen im Hinblick auf Drittstaatsangehörige zu analysieren.

Im Allgemeinen werden Armutsgefährdungsraten der Bevölkerung in Österreich durch öffentliche Sozialleistungen deutlich gesenkt. Es zeigen sich jedoch deutliche Effizienzunterschiede: Während die Armutsgefährdung durch soziale Transfers bei gebürtigen ÖsterreicherInnen sowie Personen mit EU-15- und EFTA-Staatsbürgerschaft um etwa drei Viertel gesenkt wird, liegt der entsprechende Wert bei MigrantInnen bei weniger als der Hälfte.

Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen stehen MigrantInnen insbesondere im Rahmen der nach dem Versicherungsprinzip organisierten Sozialversicherung zu, also v. a. im Bereich der Arbeitslosen-, Pensions- und Krankenversicherung. Allerdings weisen die Daten des EU-SILO nach, dass vor allem Pensionszahlungen kaum zu einer Verminderung von Armutsgefährdung bei MigrantInnen beitragen. Aber auch bei anderen Sozialversicherungsleistungen gibt es Probleme für spezifische Gruppen von AusländerInnen. Das sind vor allem jene Personengruppen, die nicht, oder – im Fall der neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – noch nicht österreichischen StaatsbürgerInnen gleichgestellt sind. Beispielsweise wird die Notstandshilfe, eine Nachfolgeleistung nach Ablauf des Anspruchs auf Arbeitslosengeld, an Angehörige von Drittstaaten im Regelfall nur dann ausbezahlt, wenn diese bereits mehrere Jahre in Österreich niedergelassen sind. In vielen Fällen kommen Leistungen der Sozialversicherung MigrantInnen aber nicht zugute, weil sie zwar über einen gewissen Zeitraum sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren – also Beitragszahlungen tätigten –, sich aber nicht lange genug in Österreich aufgehalten haben, um ihre Ansprüche später geltend zu machen.

Sozialleistungen nach dem Versorgungs- und Fürsorgeprinzip sind für Personen aus Drittstaaten unter Umständen nur beschränkt zugänglich. Beispielsweise gibt es Einschränkungen beim Bezug der Familienbeihilfe und des Kindergeldes, die v.a. an die Dauer des Aufenthaltes geknüpft sind. Einschränkungen bestehen auch beim Wohngeld. /.../ Im Hinblick auf Leistungen der Sozialhilfe wird in allen auf Bundesländerebene festgesetzten Sozialhilfegesetzen – mit Ausnahme von Tirol – differenziert, ob die Hilfe suchende Person die österreichische Staatsbürgerschaft innehat oder nicht. /.../

In kaum einem anderen Bereich des Sozialhilferechts finden sich so viele rechtliche Unsicherheiten auf Grund von legislativen Schwächen, unklaren Verweisungen und fehlenden Abstimmungen mit anderen Regelungen. Damit wird für NichtösterreicherInnen – und im Besonderen für Drittstaatsangehörige – der Zugang zur Sozialhilfe nachhaltig erschwert. /.../

Ende der 1990er-Jahre stellte Biffl [Gudrun Biffl, Anm. d. Red.] die Ein- und Auszahlungen von AusländerInnen in bzw. aus dem System der sozialen Sicherung in Österreich gegenüber und errechnete für das Jahr 1998 in etwa gleich hohe Ein- (1,89 Mrd. EUR) wie Auszahlungen (1,88 Mrd. EUR). Damit erwies sich das System der sozialen Sicherung – zumindest in statischer Betrachtungsweise – als kostenneutral: AusländerInnen erhalten nicht mehr an Mitteln, als sie in das System einzahlen – wiewohl dieses Ergebnis die Einstellungen der ÖsterreicherInnen dazu nicht widerzuspiegeln scheint. Vielmehr glaubte fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung, dass der Sozialstaat durch die in Österreich lebenden AusländerInnen belastet wird.“

(Quelle: Heitzmann, Karin/Förster, Michael: Armutsgefährdung, manifeste Armut und Einkommenschancen von Migrantinnen in Österreich, in: Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt 2007, S. 291–304, hier S. 294 ff.)

Worterklärungen

EFTA-Staaten: Island, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein

EU-SILO: Gemeinschaftsstatistik der EU

legistisch: gesetzlich

M15 „Inländer sind schwerer vermittelbar als Ausländer“

Anteil der Erwerbstätigen an den Personen gleichen Geschlechts und Geburtslandes

Staatsangehörigkeit	Männer in %	Frauen in %
Österreich	79,1	66,3
Nicht-Österreich	75,0	56,1
EU/EWR/Schweiz	80,4	60,6
Ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)	73,7	60,8
Türkei	71,4	39,8
Sonstige Staaten	71,5	50,2
Gesamt	78,4	64,4

STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 2007 (Jahresdurchschnitt). Bevölkerung im Haupterwerbssalter (15-64 Jahre).

(Quelle: migration & integration. Zahlen. Daten. Fakten. Wien 2009, S. 51)

M16 Die ökonomische Bilanz der Zuwanderung

Interview mit Heinz Fassmann

„Die Presse“: Ist die Zuwanderung rein volkswirtschaftlich ein Gewinn?

Heinz Fassmann: Eine Zuwanderung, die in die Beschäftigung führt, ist positiv. Weil umso mehr Menschen in einer Volkswirtschaft erwerbstätig sind, auch umso mehr zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Eine Zuwanderung, die einen hohen Anteil an Familienmitgliedern enthält, ist hingegen volkswirtschaftlich weniger vorteilhaft. Denn klarerweise fordern Kinder und nichtberufstätige Ehefrauen eine soziale Infrastruktur und auch Integrations-Infrastruktur, die der Allgemeinheit Geld kosten.

DP: Und wie ist die Bilanz im Falle Österreichs?

HF: Um diese schwierige Frage zu beantworten, wird immer wieder versucht integrationspolitische Gesamtrechnungen zu machen. Im Sinne: Wie viel wird von Zuwanderern in das Sozialsystem eingezahlt und wie viel wird herausgenommen. Wenn diese Rechnungen nur aktuell bezogen sind, so sieht es so aus, als ob Zuwanderung mehr bringt. Die Zuwanderer sind in der Regel jung. Und junge Menschen zahlen mehr in die Sozialtöpfe ein, als sie herausbekommen. Aber die Zuwanderer werden auch älter und gebrechlicher. Sie haben irgendwann Anspruch auf Pensionen. Deshalb sieht die Bilanz längerfristig sicher anders aus. Aber eine präzise, eindeutige Antwort gibt es meiner Meinung nach nicht darauf, ob es sich sozusagen auszahlt. Auch deshalb, weil sich eine Gesellschaft flexibel auf mehr oder weniger Zuwanderung einstellen kann. Sie kann mit weniger Zuwanderern auskommen, wenn sie auf technische Rationalisierung setzt. Im Rückblick haben wir das deutlich gesehen: Die Ausweitung unseres nationalen Arbeitsmarktes über die Staatsgrenzen hinaus und der Import von relativ billigen Arbeitsplätzen hat immer auch eine strukturkonservierende Wirkung auf die Wirtschaft gehabt.

DP: Trägt die höhere Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern auch dazu bei, dass die Bilanz nicht eindeutig positiv ist?

HF: Das ist natürlich auch eine Folge davon, dass wir in den letzten Jahren eine verstärkte Familienzusammenführung hatten. Das ist die derzeit einzig relevante Quelle der Zuwanderung aus Drittstaaten mit durchaus beachtlichen Zahlen. Mit der Familienzusammenführung gibt es keine zielgenaue Zuwanderung mehr, die den Interessen des Arbeitsmarkts angepasst ist. Das ist auch der Unterschied zu den vergangenen Jahrzehnten. In den 60er- und 70er-Jahren war die Arbeitslosigkeit der Zuwanderer immer geringer als die der einheimischen Bevölkerung. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten gedreht. Das ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen, dass wir keine wirklich nachfrageorientierte Zuwanderung mehr haben.

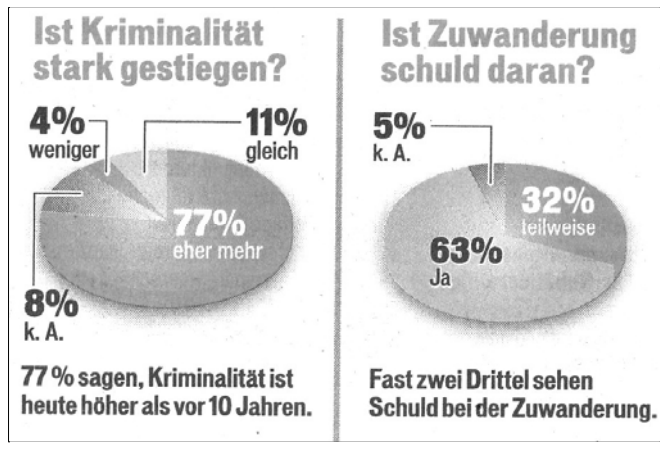
(Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann ist Obmann der Kommission für Migrations- und Integrationsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften)

(Quelle: Die Presse, 12.5.2007)

4) Ausländer sind krimineller?

Sie haben eine Fragestellung zum Thema Ängste gegenüber „Ausländern“ erhalten und diverses Material dazu, das Ihnen bei Ihrer Antwort helfen soll (M17–M20). Lesen Sie es aufmerksam, diskutieren Sie darüber und stellen Sie (eine) These(n) zur Fragestellung passend auf, die Sie mit Argumenten begründen. Präsentieren Sie die Ergebnisse anschließend vor der Klasse.

M17 Umfrage zur Kriminalität



(Quelle: Österreich, 18.6.2009, nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IMAS)

M18 „Kriminalitätsproblem bei Asylwerbern“

„Wien – Es gibt ein Wort, das für die Asyldebatte in Österreich quasi konstitutiv ist: ‚Kriminalität‘ wird von der Regierungsspitze abwärts im Mund geführt, wenn es darum geht, die nächste Verschärfung der Asylgesetze bis hin zu den jüngsten Internierungsplänen zu fordern. Aber stimmt die so kolportierte Gleichung ‚Asylwerber = kriminell‘ denn überhaupt?

Es gibt eine einzige Quelle, um sich den Fakten anzunähern – die polizeiliche Kriminalstatistik, die ‚tatverdächtige Fremde nach Aufenthaltsstatus‘ führt, also etwa als Touristen, unrechtmäßig Aufhältige oder eben Asylwerber. Aus dieser Statistik lasse sich ablesen, dass ‚in der Tat nicht wenige Asylwerber unter den Tatverdächtigen sind‘, sagt Arno Pilgram, Kriminalsoziologe an der Universität Wien, im STANDARD-Gespräch.

„Echte“ Asylwerber

Die Fakten: Im Jahr 2009 registrierten die Behörden unter den ‚ermittelten Tatverdächtigen‘ 10.582 Asylwerber – wobei die Statistik keine Personen, sondern polizeiliche Anzeigen (die auch mehrfach dieselbe Person betreffen können) zählt. Zum Vergleich: Laut Innenministerium gab es in Österreich Ende 2009 knapp 29.000 offene Asylverfahren.

Wegen der Fluktuation hatten im Vorjahr allerdings deutlich mehr Menschen den Status eines Asylwerbers, dazu kommen jene mit bei Höchstgerichten anhängigen Verfahren. Doch selbst wenn man die Asylwerberzahl deshalb um die Hälfte aufstockt, läge der Anteil der Tatverdächtigen weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Insgesamt zählte die Polizei 2009 in Österreich ‚nur‘ 246.378 Tatverdächtige, macht drei Prozent von 8,3 Millionen .

‚Ja, es gibt ein besonderes Kriminalitätsproblem bei Asylwerbern‘, sagt Ernst Geiger, Leiter der Abteilung Ermittlungen und organisierte Kriminalität im Bundeskriminalamt. Allerdings schränkt er diese Diagnose auf Eigentumsdelikte ein. Körperliche Gewalt etwa sei nicht überrepräsentiert.

Geiger charakterisiert verschiedene Gruppen, die den Ordnungshütern Sorgen machen. Auf der einen Seite gäbe es ‚echte‘ Asylwerber, die mitunter bis zu zwei Jahre auf Behördenentscheidungen warten, nichts verdienen und sich in der glitzernden Konsumwelt zu Ladendiebstahl oder anderen Kleindelikten hinreißen lassen.

Auf der anderen Seite ortet der Chefermittler professionell organisierte, etwa auf Einbruch spezialisierte Banden, die ihre Protagonisten gezielt aus postsowjetischen Staaten wie Georgien nach Österreich schleppten. Sobald die Polizei einen Delinquenten festnehme, rufe dieser ‚Asyl‘ – und werde so zum Asylwerber. Allerdings, betont Geiger, spreche er aus der Erfahrung des Bundeskriminalamtes, quantifizieren könne er die beschriebenen Phänomene mangels Daten nicht.

Selbst den wenigen Zahlen, die verfügbar sind, misstrauen Experten. Die Statistik definiere die ‚Fremden‘-Kategorien ‚extrem windig‘, so Kriminologe Pilgram: Es gäbe keine exakten Definitionen, welcher Status des Asylverfahrens gemeint ist, wenn jemand als tatverdächtig geführt wird.

Statistische Übertreibung

So sei auffällig, dass das Verhältnis zwischen Asylwerbern und unrechtmäßigen Aufhältigen unter fremden Verdächtigen in Deutschland, wo beide Gruppen ebenfalls ‚an den angezeigten Straftaten wesentlich beteiligt sind‘, ein anderes sei als in Österreich. Pilgrams Erklärung: Hierzulande ordne die Polizei Verdächtige eher der Kategorie Asyl zu, in Deutschland dank exakterer Definitionen etwa bei negativem Asylbescheid den illegalen Strafverdächtigen. Insofern neige die österreichische Statistik, so Pilgram, ‚zur Übertreibung der Zahlen‘ – zu Lasten der Asylwerber.

Ebenso mit Vorsicht interpretiert der Experte die Ausländerquote von 28,3 Prozent unter allen Tatverdächtigen – bei einem offiziellen Ausländeranteil von zehn Prozent. Pilgram schätzt, dass von den fremden Delinquenten nur 15 Prozent wirklich in Österreich ansässig sind, den Rest stellten Kriminaltouristen. Bedenke man, dass es sich dabei vor allem um jüngere Männer handelt, die noch dazu in der Stadt wohnen, zeige sich keine Überrepräsentation von Ausländern. Bezogen auf die Debatte um die ‚Sicherheit vor Fremden‘ pocht Pilgram auch auf die ‚Sicherheit von Fremden‘, derer, die Schutz brauchen: ‚Das ist ein politisches Abwägungsproblem, aber im Moment kommt mir die Frage, wie viele man beim großen Einsperren fälschlich mitleiden lässt, unterbelichtet vor.‘“

(Quelle: Der Standard, 11.2.2010, AutorInnen: Gerald John, Lisa Nimmervoll)

M19 Diskriminierungserfahrungen und Gegenwehr

„Im Zeitverlauf markieren die 1990er-Jahre jenes Jahrzehnt, in dem es zu einer signifikanten Zunahme diskriminierender Erfahrungen von Migranten im Alltag gekommen ist. Diese Zunahme ist wohl kaum zufällig. Zum einen nahm der Anteil der ausländischen Bevölkerung gerade zu Beginn der 1990er-Jahre massiv zu, zum anderen sorgte der Fall des ‚Eisernen Vorhangs‘ für die Freisetzung von subjektiv empfundenen Bedrohungsbildern. Schließlich wurde durch den Aufstieg der FPÖ in der Öffentlichkeit geäußerte Fremdenfeindlichkeit salonfähig.

Die Wahrnehmung von Alltagsrassismus und Xenophobie differierte freilich zwischen den einzelnen Migrantengruppen erheblich, und zwar in einem Ausmaß, das vermutlich über die realen Unterschiede hinausgeht. Nach um die Jahrtausendwende in Wien durchgeführten Befragungen waren unter den in der Stadt lebenden Migranten 17 Prozent häufig mit fremdenfeindlichen Äußerungen konfrontiert. Verbale Aggressionen erlebten türkische Migranten sechsmal so häufig wie Ex-Jugoslawen. Unter den Migranten fühlten sich türkische und bosnische Zuwanderer besonders stark diskriminiert, während das etwa auf Polen kaum zutraf. Fremdenfeindlichkeit wurde bei einem Viertel der Befragten als persönliches Problem empfunden, bei den türkischen Befragten jedoch von der Hälfte. Als generelles Problem empfanden rund 50 Prozent der Befragten Fremdenfeindlichkeit, unter den Türken jedoch fast 60 Prozent. Jeder sechste Türke bzw. jede sechste Türkin artikuliert die Bereitschaft zu aktiver Gegenwehr. Diese Reaktionsweise kontrastiert massiv mit der aller anderen Migrantengruppen. Die stärkere Wahrnehmung von Diskriminierung unter türkischen Migranten könnte demnach zumindest teilweise durch eine gruppenspezifische ‚Protestnorm‘ zu erklären sein. Charakteristischerweise empfanden Polen und ‚Ex-Jugoslawen‘ Xenophobie als vergleichsweise geringes Problem, wobei sie als Integrationshindernis von den Polen deutlich seltener angeführt wurde. /.../

Xenophobe Alltagserfahrungen können, aber müssen nicht der Grund für (Gegen-) Aggressionen mancher Migranten und Migrantinnen sein. Nicht zu übersehen ist, dass die kulturelle Distanz zur Aufnahmegesellschaft, die in der Etablierung von Parallelgesellschaften ihren extremsten Ausdruck findet, von einer Minderheit der Zuwanderer – zum größten Teil wohl als Folge der hier erwähnten überdurchschnittlich harten Ablehnung durch die heimischen Referenzschichten – oft eben auch zur Identitätsstabilisierung sogar bewusst gewählt wird. Langjährige Erfahrungen von Mitarbeitern von Ausländerberatungsstellen lassen keinen Zweifel daran, dass sich dieses Problem auf einen Teil moslemischer Migrantinnen und Migranten fokussiert.“

(Quelle: Weigl, Andreas: Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Wien 2009, S. 91 f.)

Worterklärungen

xenophob: fremdenfeindlich

kontrastiert mit: entgegengesetzt zu

Etablierung: Einrichtung

Referenzschicht: darauf bezogene Schicht

M20 Sind junge Ausländer gewalttätiger?

„Das Jugendalter ist eine Phase der Suche. Gesucht wird eine Identität, die die Frage beantwortet, wo der eigene Platz in der Gesellschaft ist. Geprägt ist die Suche durch das Ausprobieren verschiedener Identitätswürfe. Viele Jugendliche durchlaufen dabei auch den Entwurf des Rebellen. Rebelliert wird gegen die Regeln der Eltern wie gegen die Normen der restlichen Erwachsenengesellschaft. Die Abweichung von gesetzten Normen ist ein Charakteristikum des Jugendalters, das sich in der sogenannten Alters-Kriminalitäts-Kurve widerspiegelt: In verschiedenen Gesellschaften zu verschiedenen historischen Zeitpunkten waren und sind es insbesondere Jugendliche, die kriminelle Verhaltensweisen ausführen. Im Jahr 2008 waren 20,9 Prozent aller in Deutschland wegen eines Gewaltdelikts polizeilich registrierten Tatverdächtigen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren. Dieser Anteil ist fünfmal so hoch wie der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe. Für den allergrößten Teil ist der Rebell aber nur ein Durchgangsstadium; d.h., die Jugendlichen hören gewöhnlich sehr schnell wieder auf, kriminell zu sein.“

Migranten sind häufiger Täter...

Eine erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen ist also nichts Ungewöhnliches und Beunruhigendes. Anders verhält es sich, wenn zwischen verschiedenen Gruppen Jugendlicher systematische Unterschiede in der Gewaltbereitschaft bestehen. Dies zeigt sich in Deutschland mit Blick auf Einheimische und Migranten. Laut polizeilicher Kriminalstatistik haben im Jahr 2008 nur 1,1 Prozent aller deutschen, aber 3,0 Prozent aller ausländischen Jugendlichen eine Gewalttat begangen. Die Aussagekraft dieser Statistik ist aber begrenzt, weil sie erstens nur angezeigte Taten erfasst. Zweitens erlaubt sie nicht, zwischen verschiedenen Migrantengruppen zu differenzieren. Diese Probleme können über Befragungen behoben werden. 2007 und 2008 wurde in Deutschland erstmalig eine bundesweite Befragung unter 44.610 Schülerinnen und Schülern der neunten Jahrgangsstufe zum Gewaltverhalten durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigen, dass MigrantInnen häufiger Gewalttaten ausführen: Von allen deutschen Jugendlichen haben 11,5 Prozent im zurückliegenden Jahr mindestens eine Gewalttat (z.B. Raub, Körperverletzung) begangen, von allen türkischen Jugendlichen hingegen 20,3 Prozent, von allen Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien sogar 22,1 Prozent. Letztgenannte Jugendliche sind zugleich besonders häufig Mehrfachgewalttäter.

... aber auch häufiger Opfer

Die höhere Gewaltbereitschaft der MigrantInnen hat verschiedene Ursachen. Als besonders folgenreich erweist sich, dass sie bereits in früher Kindheit innerhalb der Familie Gewalt ausgesetzt sind. So berichten türkische Jugendliche zu 18,1 Prozent davon, in der Kindheit von den Eltern misshandelt worden zu sein (mit Faust geschlagen, verprügelt); Deutsche haben Gleiches nur zu 6,9 Prozent erlebt, Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien zu 16,9 Prozent. /.../ Resultat der innerfamiliären Gewalt ist u.a. ein Männlichkeitsbild, das als Reaktion auf (vermeintliche) Angriffe auf die eigene Ehre bzw. die Ehre der Familie Gewalt nahelegt: 23,6 Prozent der türkischen und 21,8 Prozent der Jungen aus dem ehemaligen Jugoslawien orientieren sich sehr stark an derartigen Männlichkeitsbildern; bei den deutschen Jungen sind es nur 4,9 Prozent.

Bessere Bildung – weniger Gewalt

In Deutschland kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Die meisten Migrantengruppen sind schulisch schlechter integriert als Einheimische. /.../ Sowohl für Deutsche als auch für MigrantInnen zeigt sich aber, dass höhere Bildung mit einer niedrigeren Gewaltbereitschaft einhergeht. Nicht überraschend ist daher ein im Vergleich zweier Großstädte erzielter Befund: In Hannover ist zwischen 1998 und 2006 der Anteil an türkischen Jugendlichen an Gymnasien deutlich gestiegen, in München hingegen ist er gesunken. Parallel dazu hat sich die Quote türkischer Mehrfachgewalttäter in München von 6 auf 12,4 Prozent verdoppelt, in Hannover aber von 15,3 Prozent auf 7,2 Prozent halbiert. /.../ Die Tatsache, dass junge MigrantInnen in Deutschland zurzeit häufiger als junge Deutsche mit Gewalttaten auffallen, ist damit kein unveränderbares Naturgesetz. Wenn ihre höhere Gewalttrate reduziert werden soll, muss dafür Sorge getragen werden, dass sich die Rahmenbedingungen des Aufwachsens verbessern.“

(Beitrag von Dirk Baier. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. in Hannover)

(Quelle: Integration im Fokus 4/2009, S. 14 f.)